

Newsletter aus Brüssel

18.12.2015, Ausgabe 10
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Für eine nachhaltige und soziale Industrie unedler Metalle
- Umweltausschuss fordert strengere Abgastests
- Ein Meilenstein im weltweiten Klimaschutz
- Neues EU-Paket zur Kreislaufwirtschaft

Für eine nachhaltige und soziale Industrie unedler Metalle

Das Plenum des EU-Parlaments hat am 16. Dezember 2015 einem Initiativbericht über die europäische Industrie unedler Metalle mehrheitlich zugestimmt. Die IG Metall begrüßt den Ansatz des Berichts für eine klimafreundliche sowie sozial verträgliche Reform des Industriesektors.

Die europäische Industrie unedler Metalle – besonders die Stahlindustrie – befindet sich in einer schweren Krise. Seit 2008 wurden viele Stahlwerke geschlossen, wodurch unmittelbar 60.000 Arbeitsplätze und mittelbar mehr als 100.000 Arbeitsplätze verloren gingen. In einem nun vom Plenum verabschiedeten Initiativbericht fordert das Europäische Parlament eine EU-Industriepolitik explizit für Rohstoffe und unedle Metalle, die den Schwierigkeiten der Branche Rechnung trägt. Es müssten verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen und mehr investiert werden, um diesen Wirtschaftszweig in Europa zu retten und wieder wettbewerbsfähig zu machen. Der Bericht betont die Wichtigkeit unedler Metalle auch und vor allem als Kernstück neuer Technologien der Energiewende. Ambitionierte Klimaziele und eine Wiederbelebung dieses Industriesektors würden sich nicht ausschließen – wenn zukünftig mit niedrigen CO₂-Emissionen produziert werde. Die EU-Abgeordneten fordern die EU-Kommission dazu auf, das ETS (EU emissions trading system) so zu verändern, dass die Referenzwerte für Treibhausgasemissionen nicht mehr pro Anlage, sondern pro produzierter Tonne ermittelt werden, damit in besonders emissionsarmen Anlagen mehr produziert wird. Außerdem sollte die Zuteilung kostenloser Emissionsberechtigungen zukünftig von effektiven Programmen in neue Ausrüstung, in F&E sowie entsprechenden Personalschulungen abhängig gemacht werden. Des Weiteren empfiehlt der Bericht, dass alle Anlagen, die dem ETS unterliegen, die ArbeitnehmervertreterInnen regelmäßig über Emissionen, Maßnahmen zur Befolgung der Vorschriften sowie Auswirkungen auf die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern informieren. Eine große Gefahr für die Branche erkennen die Abgeordneten in den Importen gedumpfter Waren aus China. Die IG Metall begrüßt den Ansatz des EU-Parlaments, der versuche, nachhaltige Klimapolitik mit einer

wettbewerbsfähigen europäischen Industrie unedler Metalle zu vereinen. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Industrie- und Energiepolitik, betont: "Die Abgeordneten des EU-Parlamentes haben sich klar ausgesprochen für einen effektiven – und gleichzeitig sozial verträglichen Klimaschutz. Sie machen deutlich, dass mehr denn je die Politik auf EU-Ebene gefragt ist, verbesserte Rahmenbedingungen dieser gefährdeten aber für Europa so zentralen Wirtschaftsbranche zu schaffen."

- **Entschließung des EU-Parlaments**
-

Umweltausschuss fordert strengere Abgastests

EU-Abgeordnete verschiedener Fraktionen sprechen sich für eine strengere Neuregelung der Abgasprüfungen im KFZ-Bereich aus – und verabschiedeten am 14. Dezember 2015 im Umweltausschuss einen entsprechenden Resolutionsentwurf.

Vertreter der EU-Kommission und der EU-Mitgliedstaaten hatten am 28. Oktober 2015 im technischen Ausschuss für Kraftfahrzeuge (TCMV), eine Gesetzesreform zur Abgasprüfung unter realen Fahrbedingungen (Real-Driving-Emissions – RDE) beschlossen. Diese Reform sieht vor, dass neue Kraftfahrzeugmodelle ab September 2017 vor ihrer Marktzulassung neue RDE-Testverfahren bestehen müssen. Die RDE-Prüfwerte dürften dann nur noch um 110% höher sein als die Werte unter Laborbedingungen, ab 2020 nur noch um 50% – zurzeit liegen die relativen Werte bei durchschnittlich 400%. Vielen EU-Abgeordneten gehen diese Regelungen nicht weit genug. Am 14. Dezember 2015 wurde im Umweltausschuss ein Resolutionsentwurf verabschiedet, der die EU-Kommission dazu auffordert, bis April 2016 einen neuen und strengeren Gesetzesvorschlag zu präsentieren. Das Plenum wird aufgefordert den vorliegenden Resolutionsentwurf in der Plenartagung im Januar 2016 anzunehmen.

Ein Meilenstein im weltweiten Klimaschutz

In Paris haben sich am 12. Dezember 2015 knapp 200 Staaten auf einen internationalen Klimaschutzvertrag geeinigt. "Ein großer Schritt in die richtige Richtung", meint Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Auf der UNO-Klimakonferenz in Paris ist das erste internationale Klimaabkommen verabschiedet worden, das nicht nur die Industrieländer zur Reduzierung ihrer Treibhausgase verpflichtet, sondern ausnahmslos alle Staaten. Damit handelt es sich bei dem Abkommen erstmals um einen völkerrechtlich bindenden Vertrag zur Begrenzung des Klimawandels. Das Abkommen soll 2020 in Kraft treten. Es sieht vor, die Treibhausgas-Emissionen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weltweit auf null zu senken. Die Staaten können ihre Emissionen allerdings auch kompensieren, etwa durch Aufforstung oder die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Capture). Das gemeinsame Ziel ist eine Erderwärmung deutlich unter 2 Grad – im besten Fall sogar 1,5 Grad – im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Konkrete bindende Zielvorgaben für die einzelnen Staaten stehen allerdings nicht im Abkommen. Ab dem Jahr 2020 sollen die Staaten dann alle fünf Jahre jeweils neue und stets ambitioniertere Klimaschutzpläne

vorlegen. Die Kosten der Klimaschutzreformen tragen die reichen Industrieländer – und müssen dabei auch den ärmeren Ländern im Kampf gegen die Erderwärmung helfen. Große Schwellenländer wie China sind zu einer freiwilligen Kostenbeteiligung eingeladen. "Das Pariser Abkommen ist noch nicht die Lösung – aber es schafft endlich einen weltweit verbindlichen Rahmen für den Klimaschutz", sagt Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. "Zwar liegt das Zwei-Grad-Ziel noch in weiter Ferne – aber die Zeit der nationalen Egoisten und Raubbau-Konzerne ist nun endgültig vorbei." Mit Blick auf die Rolle der IG Metall für den Klimaschutz betont Lemb: "Als Industriegewerkschaft tragen auch wir eine klimapolitische Verantwortung. Wir setzen uns daher für ein Gleichgewicht zwischen effizientem Klimaschutz und sicheren Arbeitsplätzen ein. Klimapolitik verstehen wir immer auch als Innovations- und Modernisierungsprogramm der Industrie. So gut wie alle Branchen der IG Metall haben hier bedeutsame Entwicklungspotenziale."

- [Klimaabkommen von Paris](#)
-

Neues EU-Paket zur Kreislaufwirtschaft

Die Europäische Kommission hat am 2. Dezember 2015 einen Aktionsplan für eine europäische Kreislaufwirtschaft sowie einen überarbeiteten Vorschlag für die EU-Abfallgesetzgebung vorgelegt.

Mit EU-weiten Auflagen für die Herstellung, das Recycling und Vorgaben für die Entsorgung von Produkten will die Kommission den Übergang Europas von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft fördern. Dadurch soll nicht nur der Klimaschutz gefördert, sondern gleichzeitig auch die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU gesteigert, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum begünstigt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch einen geringeren Einsatz primärer Rohstoffe würden viele Industriezweige Geld sparen, die Umwelt geschont und neue und innovative Arbeitsplätze geschaffen werden. Laut Kommission könnten Unternehmen in Europa zukünftig bis zu 465 Milliarden Euro jährlich an Materialkosten sparen – außerdem könnten zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Finanziert werden soll die Initiative mit Geldern aus dem Forschungsrahmenprogramm "Horizont 2020" (650 Mio. Euro) und den Strukturfonds (5,5 Mrd. Euro). Die IG Metall begrüßt die Initiative. Sie unterstützt bereits viele innovative Maßnahmen für nachhaltiges Wirtschaften und Steigerung der Ressourceneffizienz in den Betrieben.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
-

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de

[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand